



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für öffentliche  
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 5757/5-4-89

Bearb.: Dr. Prachner

Tel.: 711 62/9250

VERFAHRENSSTAMP	
Zl.	40-GE/9 89
Datum:	4. AUG. 1989
Verf.	07. AUG. 1989

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 W i e n

*Dr. Hirtl*

Betr.: Novellierung des Denkmalschutzgesetzes

Das Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr/  
Präsidialabteilung 4 beehrt sich, zum gegenständlichen  
Entwurf, 25 Exemplare der ho. Stellungnahme an das Bundes-  
ministerium für Wissenschaft und Forschung zu übermitteln.

Wien, am 31. Juli 1989  
Für den Bundesminister:  
Dr. Brigitte Siegl

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Prachner*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesministerium für öffentliche  
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 5757/5-4-89

Bearb.: Dr. Prachner

Tel.: 711 62/9250

An das  
Bundesministerium für Wissenschaft  
und Forschung  
Minoritenplatz 5  
1014    W i e n

Betr.: Novellierung des Denkmalschutzgesetzes

Bezug: do. Zl. 12.912/1-33/89

Das Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr/  
Präsidialabteilung 4 beehrt sich, zum gegenständlichen  
Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zu Z. 5 des Entwurfes (§ 2 Abs. 1 Dritter Satz):

Die gesetzliche Vermutung des öffentlichen Interesses an der  
Erhaltung (Unterschutzstellung) gilt nicht für "Boden-  
formationen" und "Freiflächen" der öffentlichen Hand, wenn  
sie dem öffentlichen Straßenverkehr dienen. Die Erläuterungen  
begründen dies damit, daß anderenfalls "Straßenflächen in  
unvertretbar hohem Ausmaß von der gesetzlichen Vermutung  
betroffen würden und erst durch negative Feststellungsver-  
fahren aus dieser Vermutung entlassen werden müßten". Dem-  
gegenüber halten die Erläuterungen fest, daß die gesetzliche  
Vermutung "für Eisenbahnanlagen gilt, da sie nicht dem  
Straßenverkehr dienen".

- 2 -

Das Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr wendet dagegen ein, daß auch jene Bodenformationen und Freiflächen, die dem öffentlichen Eisenbahnverkehr dienen, von der Unterschutzstellung ausgenommen werden müßten, und zwar aus den für den Straßenverkehr vorgebrachten Gründen. Der Eisenbahnbau darf auch denkmalschutzgesetzlich nicht schlechter gestellt werden als der Straßenbau, umsomehr, als ein verstärkter Ausbau des umweltverträglicheren Schienenverkehrs von der Allgemeinheit erwartet wird und verkehrspolitische Zielsetzung ist.

Der Gesetzentwurf ist daher jedenfalls um die Ausnahme betreffend den öffentlichen Eisenbahnverkehr zu ergänzen; ebenso sind die Erläuterungen entsprechend zu ändern.

Zu Z. 5 des Entwurfes (§ 2 Abs. 1 letzter Satz):

Hier stellt sich die Frage, ob auch im Eisenbahnbuch die gesetzliche Vermutung ersichtlich gemacht werden soll. (Derzeit gibt es für weite Bereiche der ÖBB Denkmallisten, die vom Bundesdenkmalamt erstellt wurden.)

Weiters darf auf die in Kopie beiliegende Stellungnahme der Österreichischen Bundesbahnen verwiesen werden.

Wien, am 31. Juli 1989

Für den Bundesminister:

Dr. Brigitte Siegl